



Geschäftsführung Finanzausschuss

Ansprechpartner/in: Herr Rausch

Telefon: (0221) 221-25939

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Rausch@Stadt-Koeln.de

Datum: 10.04.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 28.01.2008, 13:30 Uhr bis 15:26 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Martin Börschel SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU
Herr Karsten Möring CDU

bis 14.15 Uhr (TOP 4.1)
ab 14.18 Uhr (TOP 6.1)
bis 15.10 Uhr (Ende öff.
Teil)

Herr Dr. Michael Paul CDU
Herr Stephan Pohl CDU

bis 15.21 Uhr (nöt TOP
2.1)

Herr Götz Bacher SPD
Herr Peter Kron SPD
Herr Michael Neubert SPD
Herr Jörg Frank Grüne
Herr Andreas Wolter Grüne
Herr Ulrich Breite FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Markus Wiener pro Köln
Herr Dr. Martin Müser KBB
Herr Michael Kellner Die Linke.Köln

als Vertreter für Herrn
Ludwig

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Peter Michael Soénus
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

bis 14.11 Uhr (TOP 4.1)
ab 14.22 Uhr (TOP 11)
bis 15.22 Uhr (nöt TOP
2.1)

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

bis 14.35 Uhr (TOP 12.8)
ab 14.41 Uhr (TOP 12.8)

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander
Herr Hans-Jochen Hemsing

Vertreter des Rechnungs-
prüfungsamtes

Schriftführer/in

Herr Michael Rausch

Presse Zuschauer

- I. Die Verwaltung zieht vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Punkte zurück:

12. Allgemeine Beschlussvorlagen

12.3. Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen
49468/2007

12.13. Einführung eines neuen elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37
5386/2007

- II. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

12. Allgemeine Beschlussvorlagen

12.5. Maßnahmen gegen Jugendkriminalität
hier:
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.
Maßnahmen gegen Jugendkriminalität
AN/0167/2008

12.7. Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln
hier:
Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betr. Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes
AN/0185/2008

12.8. Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und OGTS, Zuschuss zum Essen Kitas ab 1.8.2008
4975/2007
sowie
Antrag der CDU-Fraktion betr. Beitragsfreiheit ab dem 3. Kindergartenjahr
AN/0140/2008

- 12.9. Zuschuss an den Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ)
5292/2007

 - 12.10. Public Viewing anlässlich der UEFA Fußball Europameisterschaft 2008
5511/2007

 - 12.11. Kölner Sportstätten GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss 2008
0217/2008

 - 12.12. Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB)
hier: Betriebskostenzuschuss 2008
0221/2008

 - 12.14. Neubau Domturmzugang/Kiosk der Hohen Domkirche zu Köln - Erneuerung der öffentlichen Toilettenanlage unterhalb des Kioskes durch die Stadt Köln
0064/2008
- III. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgende, bisher noch nicht auf der Tagesordnung vermerkte Drucksachen in der heutigen Sitzung behandelt werden:
- 2. Mitteilungen der Verwaltung**
 - 2.4. Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
0263/2008

 - 2.5. Einnahme durch Umwandlung ausgewählter Wohnungsbaudarlehen
0222/2008

 - 2.6. Koelnmesse GmbH Zusammensetzung des Aufsichtsrates
0372/2008

 - 2.7. Sparkasse KölnBonn
0352/2008

 - 3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3.2. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Ergebnisse der Haushaltsstrukturanalyse AN/0136/2008
- 3.3. Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 AN/0187/2008
- 3.4. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen; Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechtes AN/0188/2008
4. **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Trennung der Koelnmesse GmbH in Betriebs- und Besitzgesellschaft AN/1663/2007
9. **Überplanmäßige Ausgaben**
 - 9.1. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Deckungsring "Wirtschaftliche Erziehungshilfen" (HpL.-Unterabschnitte: 4520, 4530,4540, 4550 und 4560) 5432/2007/1

nichtöffentlicher Teil

2. **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 2.2. Gutachten "Optimierung der Zuordnung der ÖPNV-Infrastruktur für die Stadt Köln", 0345/2008
3. **Mitteilungen gemäß § 113 Abs. 5 GO NW**
 - 3.9. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der AWB GmbH & Co. KG 0400/2008

- 3.10. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
0401/2008
- 3.11. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Häfen und Güterverkehr Köln AG
0404/2008
- 3.12. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der GAG Immobilien AG
0405/2008
- 3.13. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Köln Bäder GmbH
0445/2008
- 3.14. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der koelnmesse GmbH
0446/2008
- IV. Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass zu der heutigen Sitzung noch ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Übertragung von Haushaltsmitteln (AN0215/2006) vorliege. Er begründet nachfolgend die Dringlichkeit des Antrages und schlägt vor, diesen unter TOP 4.2 zu beraten.
- Der Finanzausschuss stimmt diesem Vorschlag bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Nichtteilnahme der FDP einstimmig zu.
- V. Stadtkämmerer Soénius teilt mit, dass für den 18.02.2006 eine Sondersitzung des Finanzausschusses zum Thema **Bürgerhaushalt in Köln** vorgesehen sei. Im Rahmen dieser Sitzung solle der Ausschuss darüber befinden, welche Vorschläge in den Haushaltsplanentwurf übernommen werden.
- VI. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Drittes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
5471/2007
- 2.2 Finanzbedarf für Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäudebestand der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
5169/2007
- 2.3 Neues Kommunales Finanzmanagement
hier: Eröffnungsbilanz
0039/2008
- 2.4 Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
0263/2008
- 2.5 Einnahme durch Umwandlung ausgewählter Wohnungsbaudarlehen
0222/2008
- 2.6 Koelnmesse GmbH Zusammensetzung des Aufsichtsrates
0372/2008
- 2.7 Sparkasse KölnBonn
0352/2008

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1. Nutzungskonzept Eis- und Schwimmstadion Lentstr.
AN/1727/2007
- 3.2. Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Ergebnisse der Haushaltsstrukturanalyse
AN/0136/2008

3.3. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006
AN/0187/2008

3.4. Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen; Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechtes
AN/0188/2008

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr Trennung der Koelnmesse GmbH in Betriebs- und Besitzgesellschaft
AN/1663/2007

4.2. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Übertragung von Haushaltsmitteln
AN/0215/2008

5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

6.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7, Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln bei der Haushaltsstelle 6300.950.0100.8, H Sanierung Halle 93 (Kasernengelände Brasseur)
3973/2007

7 Freigabe von Maßnahmen des Vermögenshaushaltes

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NW

9 Überplanmäßige Ausgaben

- 9.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Deckungsring "Wirtschaftliche Erziehungshilfen" (HpL.-Unterabschnitte: 4520, 4530,4540, 4550 und 4560)
5432/2007/1
- 10 Außerplanmäßige Ausgaben**
- 11 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2007**
0157/2008
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 12.1 Personal-Toilettenhaus und Schalthaus der KVB AG an der Haltestelle Köln-Porz/
Markt
hier: Beschluss der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 07.11.2006 zur Umsetzung
der beiden Anlagen
1611/2007
- 12.2 Planungsaufnahme zur Erweiterung der Raumkapazitäten und von Veränderungen
im Bestand des Hansagymnasiums und Planungsaufnahme der Erweiterung
der Raumkapazitäten und Veränderungen im Bestand der Hauptschule Gere-
onswall
4583/2007
- 12.3 Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen
4946/2007
- 12.4 Zusetzung von 1,0 Stelle VA VGr. Ib Fgr. Ia BAT (E 14 TVöD) zur Bewältigung
gestiegener Aufgaben des Gesundheitsamtes bei der Gesundheitsfürsorge und
gesundheitlichen Hilfen für ältere Menschen i.Z. mit dem demographischen Wan-
del
4600/2007
- 12.5 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität
3470/2007

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
AN/0167/2008
- 12.6 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik
hier: Einrichtung des Preises
5329/2007

- 12.7 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln
0009/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betr. Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes
AN/0185/2008
- 12.8 Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und OGTS, Zuschuss zum Essen
Kitas ab 1.8.2008
4975/2007

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion betr. Beitragsfreiheit ab dem 3. Kindergartenjahr
AN/0140/2008
- 12.9 Zuschuss an den Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ)
5292/2007
- 12.10 Public Viewing anlässlich der UEFA Fußball Europameisterschaft 2008
5511/2007
- 12.11 Kölner Sportstätten GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss 2008
0217/2008
- 12.12 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB)
hier: Betriebskostenzuschuss 2008
0221/2008
- 12.13 Einführung eines neuen elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37
5386/2007
- 12.14 Neubau Domturmzugang/Kiosk der Hohen Domkirche zu Köln - Erneuerung der öffentlichen Toilettenanlage unterhalb des Kioskes durch die Stadt Köln
0064/2008

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Drittes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch 5471/2007

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Finanzbedarf für Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäudebestand der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 5169/2007

Ratsmitglied Klipper weist darauf hin, dass in der Mitteilung ein Instandhaltungsbedarf von rd. 1.134 Mio. € bis 2020 dargestellt wird. Von diesem Betrag sollen 877 Mio. € auf den Schulbereich entfallen.

Dies verwundere ihn umso mehr, da bereits seit dem Jahr 1999 enorme Beträge für die Instandsetzung aufgewandt wurden. Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, ob dieser Rückstand noch nicht abgebaut wurde oder aus welchen Gründen der jetzige Betrag erforderlich sei.

Die Verwaltung antwortet, dass diese Rückstände abgebaut wurden. Gleichzeitig habe sich auch ein weiterer Sanierungsbedarf infolge der Kapazitätserweiterungen in der Vergangenheit ergeben.

Ratsmitglied Klipper verweist auf eine umfangreiche Information im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur Höhe des Instandhaltungsrückstandes im Schulbereich und bittet, diese Mitteilung auch dem Finanzausschuss zukommen zu lassen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

(Anmerkung: vgl. Anlage 1.)

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.3 Neues Kommunales Finanzmanagement hier: Eröffnungsbilanz 0039/2008

Ratsmitglied Breite bemangelt die Aussage der Verwaltung, dass der Termin zur Vorlage der Eröffnungsbilanz nicht eingehalten werden könne. Im Hinblick auf die Haushaltsplanberatung

gen
des Jahres 2008 komme dieser eine wesentliche Bedeutung zu. Insofern bitte er die Verwaltung, diese schnellstmöglich vorzulegen.

Die Verwaltung führt aus, dass dem Finanzausschuss zusammen mit den Unterlagen für die Haushaltsplanberatungen 2008 eine vorläufige Eröffnungsbilanz vorgelegt werde, welche alle bis zu diesem Zeitpunkt bekannten Werte enthalte. Mit dieser Grundlage stehe einer Verabschiedung der Haushaltssatzung nichts entgegen.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.4 Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
0263/2008**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.5 Einnahme durch Umwandlung ausgewählter Wohnungsbaudarlehen
0222/2008**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.6 Koelnmesse GmbH Zusammensetzung des Aufsichtsrates
0372/2008**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.7 Sparkasse KölnBonn
0352/2008**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende nimmt die Mitteilung zum Anlass darauf hinzuweisen, dass sich die Krise der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) auch auf die Sparkasse KölnBonn auswirke. Aktuell ließen sich diese Auswirkungen nicht abschätzen. Derzeit sei bekannt,

dass bei der WestLB ein zusätzlicher Kapitalbedarf in Höhe von 2 Milliarden Euro bestehe. Ob dieser Betrag ausreiche oder ein zusätzlicher Kapitalbedarf erforderlich sei, könne derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden.

Ungeachtet aller Veröffentlichungen könne man im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen aber davon ausgehen, dass es auch für die Sparkasse KölnBonn zu einer finanziellen Belastung kommen werde, da diese über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband Anteile an der WestLB halte. Dies bedeute, dass sich jede kapitalrelevante Maßnahme auf die Sparkasse KölnBonn auswirke. Darüber hinaus seien auch die beiden Landschaftsverbände an der WestLB beteiligt und von einer Kapitalerhöhung betroffen. Dies könne sich auf die Höhe der Umlage und damit auf die kommunalen Haushalte auswirken. Zudem wirke sich die Übernahme von Belastungen auf das Ergebnis des Geldinstitutes und damit unmittelbar auf die zu zahlende Gewerbesteuer aus.

Vor diesem Hintergrund bitte er, die Auswirkungen des Kapitalbedarfs in die Überlegungen zu den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen mit einzubeziehen.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Nutzungskonzept Eis- und Schwimmstadion Lentstr. AN/1727/2007

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort der Verwaltung.

Ratsmitglied Dr. Müser kritisiert die verspätete Beantwortung im Rahmen einer Tischvorlage. Ggf. werde er in der nächsten Sitzung nochmals auf die Fragestellung und deren Beantwortung eingehen.

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Ergebnisse der Haushaltsstruktur- analyse AN/0136/2008

Die Verwaltung führt aus, dass eine Beantwortung in der heutigen Sitzung nicht möglich ist und diese zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses erfolge.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass in der letzten Zeit wiederholt der Eindruck entstanden sei, dass die Ergebnisse der Haushaltsstrukturanalyse nicht in die aktuellen Anmeldungen zum Haushalt des Jahres 2008 einfließen. Daher möchte er die Verwaltung nochmals eindringlich bitten, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Kraftakt nicht ergebnislos beendet werde.

**3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betr. Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006
AN/0187/2008**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort der Verwaltung. In diesem Zusammenhang spricht er sich dafür aus, auch gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 eventuelle Klageaussichten zu überprüfen.

Stadtkämmerer Soénius informiert, dass über eine Verfassungsbeschwerde in den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert und die Stadt Köln einem eventuellen Verfahren beitreten werde.

**3.4 Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen; Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechtes
AN/0188/2008**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort der Verwaltung. Er stellt fest, dass nach Ansicht der Verwaltung die vom Land NRW in Aussicht gestellte Kostenerstattung nicht auskömmlich ist und fragt an, was die Stadt Köln zur Wahrung ihrer Interessen unternehmen werde.

Die Verwaltung antwortet, dass der Städtetag mögliche Klageaussichten im Hinblick auf einen Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip gutachtlich prüfen wolle. Darüber hinaus erwäge die Stadt Köln im Hinblick auf die vorgenommene Personalbemessung im ärztlichen Dienst der Versorgungsämter eine eigenständige Klage.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass es alle Bestrebungen der Stadt Köln zur Wahrung ihrer Interessen nachdrücklich unterstütze.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr
Trennung der Koelnmesse GmbH in Betriebs- und Besitzgesellschaft
AN/1663/2007**

Der Ausschussvorsitzende verweist darauf, dass über diese Thematik auch bei der Koelnmesse ein relevantes Thema darstellt und in den dortigen Gremien diskutiert wurde. Die Antragsteller seien allerdings der Auffassung, dass es sich hier um eine Eigentümerfrage

handele, welche nicht nur aus der Sicht der Gesellschaft zu beurteilen sei. Im Ergebnis könne es daher zu unterschiedlichen Interessenlagen kommen. Der schriftlich vorliegende Antrag gebe der Verwaltung Gelegenheit diese Frage unmittelbar zu prüfen. Außerdem lege der Finanzausschuss Wert auf eine ergebnisoffene Prüfung, da mit dem Antrag eine Entscheidungsgrundlage dafür geschaffen werden solle, ob und wenn ja, unter welchen Rahmenbedingungen im veränderten Wettbewerb eine Trennung sinnvoll sei.

Ratsmitglied Frank ergänzt, dass diese Frage hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Koelnmesse eine entscheidende Rolle spiele.

Ratsmitglied Klipper begrüßt, dass diese Prüfung ergebnisoffen durchgeführt werden solle. Dies eröffne die Möglichkeit alle Punkte die für oder gegen eine derartige Maßnahme sprechen umfassend darzustellen und auf mögliche Risiken für das Messegeschäft hinzuweisen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit der Geschäftsführung der Koelnmesse GmbH,

1. kurzfristig, spätestens aber bis Ende des II. Quartals 2008, die Trennung der Koelnmesse GmbH in eine Betriebs- und eine Besitzgesellschaft zu prüfen und zu bewerten sowie die dafür notwendigen Maßnahmen darzustellen.
2. ausgehend von einer Separierung der Kölnmesse GmbH in eine Besitz- und Betriebsgesellschaft zu untersuchen und darzustellen, wie die bestehende Unternehmensstruktur (Tochterunternehmen und Beteiligungen) unter Berücksichtigung der wesentlichen Unternehmensziele einschließlich des Auslandsgeschäfts neu zu ordnen wäre.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

4.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Übertragung von Haushaltsmitteln AN/0215/2008

Der Ausschussvorsitzende erläutert den Antrag.

Ratsmitglied Klipper fragt nach, ob über diesen Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden werden könne.

Die Verwaltung führt aus, dass die Beschlussfassung in jeder Sitzung möglich ist. Zudem liege die endgültige Entscheidung über die Übertragung von Haushaltsmitteln dem Rat der Stadt Köln.

Die Verwaltung gehe daher davon aus, dass dieser Antrag den Willen bekunden solle, die genannten Maßnahmen in die Gesamtvorschläge zur Resteübertragung aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende weist ergänzend darauf hin, dass in dem Antrag Maßnahmen angesprochen sind, welche bereits im Rahmen der Haushaltssatzung 2007 beschlossen wurden und weiterhin als dringlich angesehen werden. Um keine Verzögerungen eintreten zu lassen, halte er es für sinnvoll, diese außerhalb des anlaufenden Haushaltsplanverfahrens für das Jahr 2008 zu erörtern.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage beigefügten Ausgabeermächtigungen aus dem Haushaltsplan 2007 in das laufende Haushaltsjahr 2008 soweit zu übertragen, wie die bereitgestellten Finanzmittel in 2007 noch nicht verausgabt worden sind. Die Restmittel sind in dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen und für das laufende Haushaltsjahr kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Anlage

Haushaltsstelle	beantragter Betrag (€)	Bemerkung
6150.940.5200.3	380.000,00	Ausbausumme Umbau NBZ Finkenbergr nach Kostenschätzung. Der Zuwendungsbescheid liegt vor (ist mit der Neuplanung zu aktualisieren). Er setzt die Berücksichtigung der Mittel im Haushalt voraus.
6150.940.5300.1	19.000,00	In 2007 von 20 bereits freigegebene Mittel zur Vermeidung dunkler Angsträume auf den Gehwegen, die zur Fußgängerzone führen; Rheinenergie wurde kontaktiert, konkretes Angebot steht jedoch noch aus, daher war in 2007 keine Mittelbindung mehr möglich.
6150.940.5300.1	35.000,00	Baumpflanzungen in den Wendehämmern des Göringer Zentrums; freigegebene Mittel konnten in 2007 nicht mehr vertraglich gebunden werden.

Haushaltsstelle	beantragter Betrag (€)	Bemerkung
6170.601.0000.6	15.000,00	Für das Handlungskonzept zum demographischen Wandel soll ein Gutachten der Entwicklungstypisierung für die Stadtteile vergeben werden. Einholung eines Einzelangebotes wird vorbereitet.
6170.601.0000.6	92.600,00	Integriertes Handlungskonzept Mülheim. Eine Ausschreibung wurde durchgeführt, die Auswertung ist abgeschlossen und es folgt das Prüfungsverfahren durch 27 und 14.
6170.608.0000.1	10.000,00	Ende 2006 wurde die Machbarkeitsstudie "Wohnen am Strom" vorgestellt. Der Regionale 2010 Agentur wurde eine Beteiligung der Stadt an den Druckkosten 2007 in Aussicht gestellt. Aufgrund der Langwierigkeit zwischen der Stadt Köln/Amt 61, ArGe Rheindenken und der Regionale 2010 Agentur hat die ArGe erst Ende 2007 die Druckvorlage erstellt. Der Druck ist für Anfang des Jahres vorgesehen.

6180.950.9000.6	64.941,61	Ortsmittelpunkt Buchheim: Geplante Pflasterungsarbeiten auf desolater Gehwegfläche an der Straßenkreuzung Heidelberger Str./ Waldecker Str.; wegen hohen Instandsetzungs-Anteils nicht aus Städtebaumitteln förderfähig. Maßnahme wurde in 2007 auf einer gegenüber liegenden Fläche bereits begonnen, konnte auf der restlichen Fläche jedoch noch nicht durchgeführt werden, da zur ordnungsgemäßen Entwässerung der Fläche noch ein Deckenhöhen-Plan von 66 erstellt werden muß.
6200.600.6000.6	15.000,00	Haushaltsbefragung Wanderungsmotivstudie: Evtl. ist eine zweite Befragungswelle erforderlich; Angebot liegt zusammen mit dem Angebot für die 1. Welle bereits vor (inkl. Porto)
6200.600.6000.6	11.000,00	Druck/Erstellung Dokumentation "Wohnungsbau in Köln - mit Qualität"

Haushaltsstelle	beantragter Betrag (€)	Bemerkung
6150.940.4610.4	185.000,00	Sanierungsgebiet Eigelstein, Wohnumfeldmaßnahme (WUM) Am Salzmagazin: In Ergänzung der bereits durchgeführten Maßnahmen soll die Umgestaltung weiterverfolgt werden. Des Weiteren sind Schlussvermessungen vorzunehmen.
6150.940.4610.4	250.000,00	Sanierungsgebiet Eigelstein: Wohnumfeldmaßnahme (WUM) Ursulaplatz: In Ergänzung der bereits durchgeführten Maßnahmen soll die Umgestaltung weiterverfolgt werden. Des Weiteren sind Schlussvermessungen vorzunehmen.
6150.940.4610.4	300.000,00	Sanierungsgebiet Eigelstein, Wohnumfeldmaßnahme (WUM) Eintrachtstraße: In Ergänzung der bereits durchgeführten Maßnahmen soll die Umgestaltung weiterverfolgt werden. Des Weiteren sind Schlussvermessungen vorzunehmen.
6150.940.4900.9	190.000,00	Sanierungsgebiet Kalk: Wohnumfeldmaßnahme (WUM) Vietorstraße II. BA: Zur Ergänzung der bereits durchgeführten Maßnahmen soll die Umgestaltung der Vietorstr. im nördlichen Teil erfolgen.
6150.940.5000.7	350.000,00	Sanierungsgebiet Vingst/Höhenberg: Wohnumfeldmaßnahme (WUM) Ansbacher Straße: Die WUM Ansbacher Str. dient als WUM im Vollumbau (niveaugleiches Profil) der Verbesserung der Wohnumfeldsituation durch die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches (nach den bereits durchgeführten Gebäudemodernisierungen im Umfeld). Des Weiteren sind Schlussvermessungen vorzunehmen.
6150.981.4310.5	506.200,00	Bahnhofsvorplatz: benötigte Restmittel. Bei der ursprünglichen Hst. 6150.950.2040.5 stehen keine Mittel mehr zur Verfügung, daher erfolgt die beantragte Übertragung aus Hst. 6150.981.4310.5 - Z Rückz. von Lz/San./Mülheim/Nord
6150.981.4310.5	512.000,00	Ausbau Grünzug Charlier: Die Maßnahme soll aus Mitteln der Hst. 6150.981.4310.5 - Z Rückz. von Lz/San./Mülheim/Nord finanziert werden.
6150.981.4310.5		Grunderwerb Grünzug Charlier: Die Maßnahme soll aus Mitteln der Hst. 6150.981.4310.5 - Z Rückz. von Lz/San./Mülheim/Nord finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

6.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 29 GemHVO in Verbindung mit § 7, Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln bei der Haushaltsstelle 6300.950.0100.8, H Sanierung Halle 93 (Kasernengelände Brasseur) 3973/2007

Ratsmitglied Bacher kritisiert die Größenordnung der Kostensteigerung und die wenig überzeugende Darstellung des entstandenen Mehraufwandes. Nach seiner Auffassung liege hier eine unseriöse Kostenermittlung vor.

Die Verwaltung zeigt Verständnis für die Unmutsäußerung und versichert, dass die Kritik künftig berücksichtigt werde. Nachfolgend führt sie aus, dass es sich hierbei um einen Ausnahmefall handelt und der unerwartete Mehraufwand auf enge zeitliche Vorgaben, Verzögerungen bzw. zusätzliche Auflagen im Baugenehmigungsverfahren und weitere Planungen in der Bauphase zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund habe das Rechnungsprüfungsamt eine Überprüfung des gesamten Verfahrens angekündigt. Dies eröffne die Möglichkeit einer umfassenden Analyse.

Ratsmitglied Klipper zeigt sich erstaunt, dass in den Mehrkosten ein Betrag in Höhe von rd. 200.000 € für Gebühren und Honorare enthalten ist, welcher in der ursprünglichen Kostenermittlung offensichtlich vergessen wurde.

Die Verwaltung führt aus, dass hinsichtlich der Gesamtkosten ein Sicherheitszuschlag eingerechnet wurde, welcher möglicherweise nicht in vollem Umfang benötigt werde. Außerdem würden die Honorare einer Prüfung unterzogen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Erhöhung der Gesamtkosten bei Hst. 6300.950.0100.8, H Sanierung Halle 93 (Kasernengelände Brasseur) um 500.000,00 EURO zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 900.000,00 EURO statt 400.000,00 EURO.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Finanzierung der Mehrkosten eine überplanmäßige Ausgabe sowie gleichzeitig die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 500.000,00 EURO bei Hst. 6300.950.0100.8 H Sanierung Halle 93 (Kasernengelände Brasseur), Hj. 2007. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe erfolgt durch Wenigerausgaben von jeweils 250.000,00 EURO bei den Hst. 6300.950.2075.0 - T Stützmauer Boltensternstr. / An der Schanz - und Hst. 6300.950.2061.0 - T Stadtautobahn -Sanierung-.

Im Rahmen der NKF-Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 wird zugunsten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe gebildet. Gleichzeitig werden die zum Ausgleich dieser Verbindlichkeiten notwendigen Finanzmittel bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

7 Freigabe von Maßnahmen des Vermögenshaushaltes

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 2 GO NW

9 Überplanmäßige Ausgaben

**9.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Deckungsring "Wirtschaftliche Erziehungshilfen" (Hpl.-Unterabschnitte: 4520, 4530, 4540, 4550 und 4560)
5432/2007/1**

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz GO NW beschließen wir eine überplanmäßige Ausgabe bei Hst. 4560.770.9009.4, stationäre Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII (Hst. des Deckungsringes der „Wirtschaftlichen Erziehungshilfe“; Hpl.-UAe 4520, 4530, 4540, 4550 und 4560), von 1.900.000 €, HJ 2007.

Deckung erfolgt durch Mehreinnahme bei Hst. 9000.003.0000.5, Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Außerplanmäßige Ausgaben

**11 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über die vom Kämmerer genehmigten Mehrausgaben und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2007
0157/2008**

Ratsmitglied Kron bittet, zu der unter lfd. Nr. 23 aufgeführten Mehrausgabe näher zu erläutern, welche Aufteilung der Kosten vorgenommen wurde.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

(Anmerkung: siehe Anlage 2.)

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch den Kämmerer in der Zeit vom 24.11.2007 bis 09.01.2008 für das Haushaltsjahr 2007 genehmigten Mehrausgaben (gem. Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

**12.1 Personal-Toilettenhaus und Schalthaus der KVB AG an der Haltestelle Köln-Porz/ Markt
hier: Beschluss der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 07.11.2006 zur Umsetzung der beiden Anlagen
1611/2007**

Ratsmitglied Frank beantragt, die Beschlussvorlage in die Haushaltsplanberatungen 2008 zu verweisen.

Ratsmitglied Möring begrüßt diesen Vorschlag.

Beschluss:

in die Hpl.-Beratungen verwiesen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.2 Planungsaufnahme zur Erweiterung der Raumkapazitäten und von Veränderungen im Bestand des Hansagymnasiums und Planungsaufnahme der Erweiterung der Raumkapazitäten und Veränderungen im Bestand der Hauptschule Gereonswall
4583/2007**

Beschluss

1. Der Rat beschließt die Aufnahme der Planung zur Erweiterung und Veränderung der Raumkapazitäten des Hansagymnasiums, Hansaring 56, 50670 Köln, nach gesicherter Finanzierung,
2. Der Rat beschließt die Aufnahme der Planung zur Erweiterung und Veränderung der

Raumkapazitäten der Hauptschule Gereonswall 51, 50670 Köln, nach gesicherter Finanzierung.

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen. Der Planung sind die Ergebnisse der Bedarfsermittlung im Rahmen des Modellprojektes Bildungslandschaft Altstadt-Nord zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.3 **Neubau des Bezirksrathauses Rodenkirchen
4946/2007**

Diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

12.4 **Zusetzung von 1,0 Stelle VA VGr. Ib Fgr. Ia BAT (E 14 TVöD) zur Bewältigung
gestiegener Aufgaben des Gesundheitsamtes bei der Gesundheitsfürsorge
und gesundheitlichen Hilfen für ältere Menschen i.Z. mit dem demographi-
schen Wandel
4600/2007**

Ratsmitglied Klipper verweist auf die erheblichen Stellenzusetzungen innerhalb der letzten 3 Jahre im Bereich des Gesundheitsamtes.

Vor diesem Hintergrund erbitte er eine Übersicht über die Stellenentwicklung in den einzelnen Bereichen und die zugrundeliegenden Aufgaben.

Die Verwaltung sagt eine Erledigung zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss

Der Rat beschließt zur Erledigung gestiegener Aufgaben der Gesundheitsförderung und -vorsorge bei älteren Menschen im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel die haushaltsneutrale Zusetzung von

- 1,0 Stelle Verwaltungsangestellte VGr. Ib Fgr. Ia BAT (E 14 TVöD)

zum Stellenplan 2008.

Zur sofortigen Aufnahme dieser Aufgabe durch das Gesundheitsamt wird die verwaltungsinterne Verrechnung bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 sichergestellt.

Die finanziellen Auswirkungen werden im Veränderungsnachweis berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.5 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität 3470/2007

Der Ausschussvorsitzende verweist auf eine geänderte Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses und stellt diese zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt zum **Abbau von Jugendkriminalität und Delinquenz** folgende Handlungsfelder mit Gesamtkosten von 975.400 €/Jahr ab dem **01.01.2008**, zunächst befristet auf 5 Jahre, zu stärken:

- | | |
|---|-----------|
| <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der präventiven Schulsozialarbeit (Anlage 3)
Zum Stellenplan 2008 werden hierfür beim Amt für Kinder, Jugend und Familie 4 Stellen Dipl. Soz. Arb., Vgr. IVb/IVb+VG, Fg. 16 BAT eingerichtet.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 werden entsprechende Verrechnungsstellen verwaltungsintern zur Verfügung gestellt. | 230.400 € |
| <ul style="list-style-type: none"> • Steuerung und Intervention durch Streetwork (Anlage 4)
Zum Stellenplan 2008 werden hierfür beim Amt für Kinder, Jugend und Familie 1 Koordinationsstelle Dipl. Soz. Arb., Vgr. IVa, Fg. 16 BAT sowie 4 Streetworkerstellen Dipl. Soz. Arb., Vgr. Vb/IVb/IVb+VG, Fg. 10/17 BAT eingerichtet.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 werden entsprechende Verrechnungsstellen verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.
Für 2 weitere Stellen erhält die AWO einen Zuschuss in Höhe von 115.200€ | 305.480€ |
| Zwischensumme: | |
| 651.060€ | |
| <ul style="list-style-type: none"> • Aufnehmendes Suchtclearing (Anlage 5)
Zum Stellenplan 2008 wird hierfür beim Gesundheitsamt 1 Stelle Dipl. Soz. Arb., Vgr. Vb/IVb/IVb+VG, Fg. 10/17 BAT eingerichtet.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 wird eine entsprechende Verrechnungsstelle verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.
2 Stellen werden für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen bei Trägern aus der Suchtarbeit mit besonderen Erfahrungen mit den entsprechenden Zielgruppen gefördert.
122.560€ | 61.280€ |
| <ul style="list-style-type: none"> • Darüber hinaus erhält ein Träger aus dem Bereich Diversionsmaßnahmen Zuschussmittel für eine weitere Stelle.
Zur Frage der Trägerschaft erfolgt eine gesonderte Beschlussvorlage | 61.280€ |
| <ul style="list-style-type: none"> • Mitternachtssport | |

Projektmittel für gewaltpräventive Sportangebote	79.200€
Zwischensumme:	446.900€
gesamt:	<u>975.400 €</u>

Die Mittel für die Umsetzung des Projekts sind vorläufig im HPL-Entwurf 2008 wie folgt veranschlagt: Produkt (060103), Kinder- und Jugendarbeit, mit 853.300€; Produkt 080101, Sportförderung, mit 67.500€; beim Produkt 020101), Allg. Sicherheit und Ordnung mit 79.200€

2. Die Verwaltung wird gebeten das erfolgreiche Kölner Intensivtäterprogramm in Absprache mit den Kooperationspartnern Polizei und Justiz in zwei Zielrichtungen auszuweiten:

- zahlenmäßiger Ausbau des Programms auf 150 Plätze
- Einbeziehung sogenannter jugendlicher „Schwellentäter“, die knapp unter der Einstufung zum Intensivtäter liegen.

Die Verwaltung wird gebeten, in einem zweiten Schritt die einzelnen Kosten der aufgeführten Maßnahmen aus Anlage 7 für die bessere Planbarkeit aufzuschlüsseln und darzustellen. Außerdem soll die Verwaltung eine Prioritätenliste der Maßnahmen nach Projekt und nach Stadtteilen erstellen.

Das Land wird aufgefordert, die Zusammenarbeit in diesem Projekt auszubauen und ebenfalls entsprechende Ressourcen bereitzustellen sowie vorhandene Handlungsspielräume –z. B. zeitnahe Strafverfolgung – zu nutzen. Die Stadt Köln ist bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten.

In der Anlage 7 werden darüber hinaus weitere Handlungsfelder beschrieben, die in der Zusammenarbeit bei der Verhütung von Jugendkriminalität von Bedeutung sind und optimiert werden müssen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf die Landesregierung einzuwirken, Schulsozialarbeit an Haupt- und Förderschulen zu stärken. Auch Schulen, die sich aufgrund der dünnen Personaldecke keine Umwandlung von Lehrerstellen leisten können, müssen mindestens eine landesfinanzierte Stelle für Schulsozialarbeit erhalten.

Die Umsetzung des ersten Maßnahmenpaketes ist als Einstieg zu betrachten. Die Ergebnisse der jährlich geplanten Auswertungskonferenz (s. Anlage 4), werden der Politik zeitnah mitgeteilt. Die Maßnahmen sollen im Hinblick auf die Wirksamkeit einer externen Bewertung (Evaluation) unterzogen werden. Die Maßnahmen des gesamten Konzeptes werden nach zwei Jahren extern bewertet (evaluiert). Der Rat wird zum Abschluss der Modellphase über die Ergebnisse der externen Evaluation unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt

**12.6 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik
hier: Einrichtung des Preises
5329/2007**

Der Ausschussvorsitzende informiert über eine geänderte Beschlussfassung des Sozialausschusses und stellt diese zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die Einrichtung des KIB – Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik. Als Preisgeld werden insgesamt 5.000 € festgelegt und für die Veranstaltung zur Preisverleihung 5.000 € bereitgestellt.

Unter Punkt 5 des Konzeptes zum KIB – Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik – ist zusätzlich in die Jury der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Senioren bzw. einer seiner Stellvertreter mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.7 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln
0009/2008
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betr.
Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes
AN/0185/2008**

Die Verwaltung verweist auf eine geänderte Beschlussfassung des Sportausschusses.

Der Ausschussvorsitzende stellt diese zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept „Schwimmen macht Schule“ gemäß Ratsbeschluss vom 18.05.2006 zur Optimierung des Schulschwimmens gemäß der Variante A ab dem Schuljahr 2008/2009 umzusetzen. Er ermächtigt sie, die beschriebenen Leistungen bei der KölnBäder GmbH einzukaufen. Zur Anfinanzierung des Projektes werden im Haushaltsjahr 2008 Mittel in Höhe von 750.000,-- € benötigt, für die Jahre 2009 ff. gemäß Variante A jährlich 1.516.800,-- €. Die benötigten Mittel werden im Haushaltsplan 2008, Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitgestellt.

Darüber hinaus ergeben sich für die drei Bäder erhöhte Betriebskosten i.H.v. mindestens 1,64 Mio. € p.a. nach derzeitigem Ist-Zustand (Rodenkirchen öffentliches Bad, Weiden Teilgruppenbad, Nippes Gruppenbad), die im Rahmen des Organschaftsvertrages mit Ergebnisabschlussvereinbarung vom Stadtwerkekonzern aufzubringen sind.

Der Rat beauftragt die von der Stadt Köln entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates und den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der KölnBäder GmbH darauf hinzuwirken, dass

- die Sportstättenzielplanung für den Bäderbereich (Bäderzielplan) **federführend durch die KölnBäder GmbH unter Mitwirkung der Schul- und Sportverwaltung, des Ortsverbandes Kölner Schwimmvereine und des StadtSportBundesKöln e.V.** fortgeschrieben und in 2011 erneut den zuständigen Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Köln zur Kenntnis vorgelegt wird. Neben dem Bedarf für „Schwimmen macht Schule“ ist weiterhin der Entwicklung der Offenen Ganztagsgrundschule und der Nachfrage nach Schwimmangeboten aus gesundheitlichen Gründen aus der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Übrigen sollen weiterhin die im Ratsbeschluss vom 15.05.2007 genannten Faktoren betrachtet werden. Über die Umsetzung des Bäderzielplans ist jährlich dem Sportausschuss zu berichten.
- die Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden betriebsfähig offengehalten werden. Über Zeitpunkt und Umfang von Sanierungsmaßnahmen wird nach Vorlage des Bäderzielplanes in 2011 entschieden, wobei auch die Erkenntnisse aus dem Parallelbetrieb vorhandener, dann modernisierter sowie neuerrichteter Bäder zu berücksichtigen sind. Durch Bestand erhaltende Maßnahmen sollen die drei Bäder bis 2011 in einen Zustand versetzt werden, dass sie mit einer Generalsanierung in 2011 langfristig weitergeführt werden können. Es sollen keine Fakten geschaffen werden, die zu einer Schließung der bestehenden Bäder führen.
- bei den Bädern engagierte Bürger die Möglichkeit erhalten, sich in Beiräte einzubringen. Dazu wird die KölnBäder GmbH aufgefordert, federführend unter Beteiligung der Schul- und Sportverwaltung und dem Fachverband OKS (Ortsverband Kölner Schwimmvereine) als Vertreter der Sportselbstverwaltung ein Konzept bezüglich der Mitsprache- und Beteiligungsrechte von Bäderbeiräten zu entwickeln. Das Konzept soll sicherstellen, dass die Beiräte sinnvoll Einfluss auf den Betrieb der Bäder nehmen können. Hierbei ist in erster Linie an die Abstimmung zwischen Schulen, Vereinen und Öffentlichkeit, Zugang verschiedener Nutzergruppen, Öffnungszeiten und kleineren Attraktivierungsmaßnahmen zu denken. Hierzu gehören aber auch kleinere Attraktivierungsmaßnahmen, die, unter Einbezug der mit Beschluss vom 18.05.2007 gesperrten Mittel möglich sein müssen. Das Konzept ist den jeweiligen Bezirksvertretungen und dem Sportausschuss vorzulegen.
- der Erweiterungsbau im Zollstockbad nicht realisiert wird.
- der Neubau des Hallenbades am Stadion-Freibad und der Neubau Lentstraße gemäß des mittelfristigen Bäderkonzeptes der KölnBäder GmbH realisiert werden.
- dass das auf Grundlage des aktuell vorgelegten Bäderzielplanes erarbeitete mittelfristige Bäderkonzept entsprechend den neuen Erkenntnissen angepasst und vor Beschlussfassung den Ratsgremien zur Kenntnis vorgelegt wird.
- die mittelfristige Finanzplanung der KölnBäder GmbH den geänderten Bedingungen angepasst und vor der Beschlussfassung im Rahmen des § 113 Abs. 5 GO NW in nichtöffentlicher Sitzung im Finanzausschuss berichtet wird.
- das geprüft wird, ob die das Gruppenbad in Nippes und das Teilgruppenbad in Weiden an Samstagen und Sonntagen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.8 Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und OGTS, Zuschuss zum Essen Kitas ab 1.8.2008
4975/2007
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion betr. Beitragsfreiheit ab dem 3. Kindergartenjahr
AN/0140/2008**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf eine geänderte Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses.

Ratsmitglied Klipper bezieht sich auf die Erörterung im Fachausschuss und begründet den vorliegenden Änderungsantrag mit der Notwendigkeit einer möglichst frühzeitigen Einbindung aller Kinder in pädagogische Einrichtungen der öffentlichen Hand. Dies habe einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige soziale und schulische Entwicklung. Zudem gelte es einen wirksamen Anreiz für eine finanzielle Förderung dieses vorschulischen Bildungsangebotes zu schaffen. Die hierfür anfallenden Mehrkosten halte er für durchaus vertretbar. Ferner gebe es ähnliche Anreizsysteme in anderen Kommunen.

Der Ausschussvorsitzende bemerkt, dass er es für eine Angelegenheit des Landes NRW halte, diese Beitragsfreiheit aus Landesmitteln einzuführen, wie es auch in Berlin oder Rheinland-Pfalz der Fall sei.

Daher halte er es nicht für sinnvoll, hier kommunale Mittel einzusetzen. Darüber hinaus könne er dem Anliegen nach einer Finanzierung der Mehrkosten aus der Rückzahlung des Fonds „Deutsche Einheit“ für das Jahr 2008 nicht zustimmen, da hier Mittel verteilt werden sollen, welche überhaupt noch nicht zur Verfügung stehen. Zudem sei durch gesetzliche Vorgaben des Landes oder Aufgabenverlagerungen vermehrt eine zusätzliche Belastung der kommunalen Finanzen festzustellen.

Im Ergebnis sei der Adressat für dieses sachlich durchaus sinnvolle Anreizsystem das Land NRW.

Bei allen Diskussionen über eine Beitragsfreiheit dürften auch die freiwilligen Bemühungen der Stadt Köln zu einer Entlastung von wirtschaftlich schwachen Familien durch die neuen Beitragstabellen nicht unerwähnt bleiben.

Ratsmitglied Frank erinnert daran, dass die Diskussion über eine Beitragsfreiheit bereits seit gut einem Jahr geführt wird, wobei das ursprüngliche Anliegen eine vollständige Beitragsfreiheit gewesen sei.

Er begrüße grundsätzlich die Philosophie nach einem kostenlosen Zugang zu Bildungsangeboten für alle Bevölkerungsschichten. Ein solches Angebot sei aber nachhaltig nicht durch die Kommunen finanzierbar, da damit das Konnexitätsprinzip gebrochen und das Land aus seiner Verantwortung in der Bildungspolitik entlassen werde. Ferner würde dies dazu führen, dass die Stadt Köln erneut mit einem ungeheuren Kraftakt versuchen müsse, die vom Land verursachten Mindereinnahmen aufzufangen. Insofern könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Sachkundiger Bürger Herr Wiener spricht sich für eine Unterstützung des Antrages aus, da Verbesserungen in der Kinderbetreuung Folgeprobleme vermeiden können. Aus seiner Sicht stelle das Modell der Stadt Aachen den größeren Anreiz dar.

Ratsmitglied Möring weist darauf hin, dass das Land NRW in absehbarer Zeit nicht in der Lage ist eine Beitragsbefreiung einzuführen. Zudem gebe es im Schulbereich eine Mischfinanzierung. Hier gelte es im eigenen Interesse eine Entwicklung anzustoßen, welche zu ge-

gebener Zeit vom Land weitergeführt werden könne.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Ratsmitglied Frank führt Ratsmitglied Klipper aus, dass zwischenzeitlich eine Änderung der Situation eingetreten ist. So habe man in 2006 unter einem Haushaltssicherungskonzept gestanden, in dem eine haushaltsneutrale Finanzierung vorgeschlagen werden musste. Dies sei damals nicht möglich gewesen. Zudem hätten sich die Diskussionen im pädagogischen Bereich dahingehend entwickelt, dass die Kindertageseinrichtungen einen Teil des Bildungssystems darstellen, welcher auf Dauer beitragsfrei gestellt werden müsse.

Folglich müsse die Kommune hier einen Schwerpunkt setzen und in die Zukunft der Kinder investieren.

Nachfolgen stellt er den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Um den Eltern einen wirksamen Anreiz zu bieten, ihre Kinder frühzeitig an dem vielfältigen und wichtigen Bildungs- und Förderungsangebot der Kindertageseinrichtungen teilnehmen zu lassen und um die Bedeutung der Kinderbetreuungseinrichtungen als Bildungsstätten zu unterstreichen, beschließt der Finanzausschuss abweichend von der Verwaltungsvorlage (Vorlage-Nr.: 4975/2007), die Beitragsfreiheit ab dem 3. Kindergartenjahr für alle Kinder in Köln – unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern – im Rahmen der Neufestsetzung der Elternbeiträge vorzusehen. Dies gilt auch für Kinder, die nachweislich bereits ein oder zwei Kindergartenjahre in einer anderen Kommune besucht haben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Fraktion von CDU und FDP

Sodann stellt er den ursprünglichen Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. die Änderung und Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Tageseinrichtungen für Kinder und außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganztagschulen“ vom 04.08.2006 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung, die zum 01.08.2008 in Kraft tritt.
2. ab dem 01.08.2008 das Essensgeld der Kinder, deren Eltern von der Zahlung des Elternbeitrags nach der o.g. Satzung befreit sind, auf 1,00 € je Mahlzeit zu reduzieren.

Im Haushaltsjahr 2008 ff erfolgt die Finanzierung unter Berücksichtigung der Strukturen des neuen NKF-Haushaltes aus der Produktgruppe 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.9 Zuschuss an den Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ)
5292/2007**

Beschluss:

Der Rat beschließt eine einmalige zweckgebundene Bezuschussung des VFJ, um diesen in die Lage zu versetzen, den Zinsforderungen der Bezirksregierung gemäß Bescheid vom 04.12.2007 nachzukommen. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, den erforderlichen Betrag in Höhe von 100.175,06 EUR im Haushaltsplan 2008 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.10 Public Viewing anlässlich der UEFA Fußball Europameisterschaft 2008
5511/2007**

Ratsmitglied Klipper beantragt die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass er Public Viewing für durchaus wünschenswert halte.

Insofern vermöge ihn der Beschlussvorschlag der Verwaltung wenig zu überzeugen. Sofern man diese Veranstaltungen wirklich durchführen wolle, müssten hierfür dieselben Rahmenbedingungen wie bei der Fußball-WM gelten. Voraussetzung dafür sei eine Ausnahmegenehmigung des Landes für die emissionsschutzrechtlichen Vorschriften. Da das Land NRW diese bisher nicht erteilt habe, schlage er einen gemeinsamen Appell an die Landesregierung vor. Sofern die Verwaltung dann zu dem Ergebnis komme, dass ein Public-Viewing durch veränderte Ausnahmegenehmigungen des Landes im Bereich der Innenstadt nicht möglich sei, könne über einen Standort „Rhein-Energie-Stadion“ diskutiert werden. Da es aber fraglich sei, ob dieser Vorschlag akzeptiert werden könne, schlage er vor einen Vorschlag des Sportausschusses aufzugreifen und ein Angebot im Barmer Viertel zu schaffen. Die sei der innenstadtnächste Platz, für den man keine immissionsschutzrechtlichen Ausnahmeregelungen des Landes benötige.

Da es sich bei Public-Viewing um eine private Veranstaltung handele, solle nach Vorstellung seiner Fraktion ein Angebotsverfahren der Verwaltung an private Betreiber geben, die Veranstaltung auf eigenes Risiko und Kosten durchzuführen. Sofern sich ein Betreiber bereitkläre diese Veranstaltung durchzuführen, sollten die notwendigen Kosten für die Herrichtung des Oberflächenbelages in Höhe von etwa 100.000 € durch die Stadt Köln aufgebracht werden.

Ratsmitglied Breite begrüßt den Vorschlag, sich für eine Ausnahmegenehmigung des Landes einzusetzen, da diese die Möglichkeit eröffne, die Veranstaltung auf einem Standort in der linksrheinischen Innenstadt durchzuführen.

Ratsmitglied Klipper möchte wissen, mit welcher Kostenbelastung ein privater Anbieter am Standort Barmer Viertel zu rechnen habe.

Ratsmitglied Wolter verweist auf die fehlende Kapazität und die rechtliche Problematik hin-

sichtlich einer weiteren Veranstaltung im Bereich der Innenstadt, so dass für seine Fraktion nur das Barmer Viertel in Deutz für ein Public Viewing in Betracht komme.

Ratsmitglied Frank schließt sich dieser Beurteilung an. In diesem Zusammenhang kritisiert er, dass es der Verwaltung nicht gelungen sei, diese Veranstaltung ohne finanzielle Belastung der Stadt Köln im Rhein-Energie-Stadion durchzuführen. Anderen Austragungsstädten sei es durch die Anwerbung von Sponsoren gelungen, diese Veranstaltungen in Stadien durchzuführen. Hier vermisse er eine ausreichende Prüfung aller denkbaren Varianten, da er den Standort Rhein-Energie-Stadion als gleichwertig mit dem Barmer Viertel ansehe.

Der Ausschussvorsitzende unterstreicht seine Auffassung, dass es sich bei Public Viewing um keine kommunale Angelegenheit handelt und er Wert darauf liege, dass die Durchführung Dritten überlassen werde.

Die Verwaltung verdeutlicht im Hinblick auf die Lärmentwicklung an Plätzen in der zentralen Innenstadt die Notwendigkeit einer generellen Ausnahmegenehmigung des Landes und die fehlenden Kapazitäten. Darüber hinaus gebe es einen feststehenden Sicherheitstand, welcher bundesweit nicht zurückgeführt werde.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

**12.11 Kölner Sportstätten GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss 2008
0217/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt, der Kölner Sportstätten GmbH zur Abdeckung des voraussichtlichen Verlustes für das Geschäftsjahr 2008 unterjährig einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von bis zu 7.943.752 € zu zahlen.

Die Auszahlung erfolgt zu je 25% des Gesamtbetrages zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2008.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.12 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB)
hier: Betriebskostenzuschuss 2008
0221/2008**

Der Ausschussvorsitzende zeigt sich erfreut über die erfolgreiche Verminderung des Zuschussbedarfes.

Beschluss:

Der Rat beschließt, der KGAB aus dem städtischen Haushalt unterjährig zur Abdeckung des voraussichtlichen Jahresfehlbetrages 2008 einen Zuschuss in Höhe von 192.000 € zu zahlen.

Die Auszahlung erfolgt zu je 25% des Gesamtbetrages zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2008.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.13 Einführung eines neuen elektronischen Dokumentations- und Abrechnungssystems im Rettungsdienst bei 37 5386/2007

Diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

12.14 Neubau Domturmzugang/Kiosk der Hohen Domkirche zu Köln - Erneuerung der öffentlichen Toilettenanlage unterhalb des Kioskes durch die Stadt Köln 0064/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erneuerung der öffentlichen Toilettenanlage unter dem Kiosk auf der Domsüdseite/Roncalliplatz und beauftragt die Verwaltung, die dafür notwendigen planerischen und baubezogenen Schritte einzuleiten und umzusetzen.

Die Finanzierung der erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 40.000 € erfolgt zu Lasten der bei Finanzposition 1502.572.9900.1, sonstige Dienstleistungen, im Hpl.-Entwurf 2008 ff. vorgesehenen Finanzmittel.

Die für die Bauausführung erforderlichen Finanzmittel sind im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Hpl.-Entwurf 2008 ff. bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Mündliche Anfragen

Ratsmitglied Dr. Müser fragt an, ob die im Rahmen des NKF festgelegtem Kennzahlen bereits auf die einzelnen Bereiche der Verwaltung heruntergebrochen werden.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

gez.

.....
Börschel
Ausschussvorsitzender

.....
Rausch
Schriftführer